

Marieluise Beck
Parlamentarische Staatssekretärin im
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Eröffnung der Konferenz Strategien zur Verbesserung der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Gebieten mit besonderem sozialen Erneuerungsbedarf

Ich freue mich, Sie heute ganz herzlich zur Europäischen Fachkonferenz „Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen“ als Gäste des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Mitveranstalter hier in Berlin zu begrüßen. Viele von Ihnen haben einen weiten Weg auf sich genommen, um heute hier zu sein. Das zeigt mir, dass wir mit der Organisation dieser Fachkonferenz ein drängendes Thema aufgegriffen haben.

Sie, internationale Expertinnen und Experten, haben sich heute versammelt, um auf dieser Konferenz Wege zu identifizieren, die der besseren Integration von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen in Europa dienen sollen. Als hoch qualifizierte Fachleute bringen Sie Ihr Wissen in die Debatte über soziale Problemlagen ein. Der Fokus der Tagung liegt in konkreten Lösungsstrategien für die Lebenslagen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Die Konferenz soll uns den Handlungsbedarf auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen aufzeigen. Denn die Ausgrenzung ganzer sozialer Gruppen hat sich zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem entwickelt, das über nationale Grenzen hinaus geht und gelöst werden muss.

Es geht vor allem darum, die unterschiedlichen Ansätze, Strategien und Erfahrungen in Europa zur erfolgreichen Integration junger Menschen und ihrer Familien in benachteiligten Stadtteilen zusammenzutragen und zu bündeln. Wir wollen aus den Erfahrungen europäischer Städte wie z. B. Helsinki, Bologna, Budapest, Paris, Amsterdam, Dublin, Eskisehir und Yerevan lernen und die gewonnenen Erkenntnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Die gerechte Verteilung von Chancen und die Teilhabe an der Gesellschaft für diese jungen Menschen und ihre Familien muss stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken, europaweit.

In vielen europäischen Städten und Gemeinden stehen wir vor dem Problem sozialer und räumlicher Segregationsprozesse. Armut,

Marginalisierung und soziale Ausgrenzung konzentrieren sich in so genannten sozialen Brennpunkten oder benachteiligten Stadtteilen. Hier gibt es zu wenig Arbeits- und Ausbildungsplätze; es gibt zu viele Probleme in Schulen, zu viel Gewalt und Kriminalität, Alkohol- und Drogenmissbrauch. Spätestens dann, wenn die Kinder in die Kindergärten oder in die Schulen kommen, ziehen viele Familien, die es sich noch leisten können, aus diesen Quartieren weg. Übrig bleiben die Menschen, die überwiegend auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, teilweise in der 2. und 3. Generation. Die Kinder und Jugendlichen lernen dort von klein auf staatliche Unterstützung als „normale“ Einkommensquelle kennen. Sie bekommen ein falsches Bild von der Gesellschaft. Sie erleben, dass sie keine oder nur geringe Zukunftschancen haben. Diese Sichtweise und Vorbilder prägen ihr soziales Lernen.

Wenn es um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften geht, kommt es auf jeden jungen Menschen an. Dies gilt in vielen europäischen Ländern und gerade auch in Deutschland für den wachsenden Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Mittlerweile kommen in der Bundesrepublik fast ein Drittel aller Kinder – in Ballungszentren sogar bis zu 40 Prozent – aus Migrantenfamilien. In vielen westdeutschen Städten leben Familien mit Migrationshintergrund überproportional in benachteiligten Stadtteilen. Ein Teil der jungen Menschen hat erhebliche Integrationsprobleme. Sozialindikatoren deuten an, wie hoch die Defizite bei der Integration sind: Heute sind Migranten und Migrantinnen statistisch gesehen doppelt so häufig arbeitslos, dreimal so häufig Bezieher von Sozialhilfe und wesentlich häufiger ohne Berufsausbildung als ihre deutschen Mitbürger/innen. Die Bildungsabschlüsse vieler Jugendlicher mit Migrationshintergrund sind alarmierend schlecht. Diese Situation ist jedoch kein ethnisches, sondern zuallererst ein soziales Problem.

Der Schlüssel für Chancengerechtigkeit sind Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit, gerade auch für Kinder mit Migrationshintergrund. Bildungschancen sind in aber in Deutschland wie in kaum einem anderen Land von der sozialen Herkunft abhängig. Das Bildungspotenzial insbesondere auch von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird in Deutschland bislang nicht ausgeschöpft. Jeder fünfte Jugendliche ausländischer Herkunft verlässt die Schule ohne Abschluss. Es gilt, die Bildungschancen aller jungen Menschen frühzeitig, also schon im Kindergarten und durch Angebote der Ganztagsbetreuung zu sichern. Denn auf den Anfang kommt es an. In diesem Sinne sind auch Programme erfolgreich,

die Ressourcen in den Familien stärken. Der Förderung von Sprachkompetenzen kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu – und zwar nicht nur die Förderung der deutschen, sondern auch der Muttersprache, da Lernfortschritte in der Zweitsprache auch abhängig sind vom Niveau der Erstsprache.

Die Migrationsforschung hat die zentralen Voraussetzungen für den positiven Verlauf von Integrationsprozessen benannt: Einerseits sind individuelle Voraussetzungen und Ressourcen der Migrantinnen und Migranten wie Sprachkompetenz und Bildungshintergrund von großer Bedeutung. Andererseits ist dies die Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft, Teilhabechancen – im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt etc. – und die Mitwirkung im öffentlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen und zu fördern – durch Angebote, die den migrationsspezifischen Belangen Rechnung tragen.

Integration findet ganz konkret vor Ort statt, d.h. in den Kommunen und im Stadtteil. Die Verwirklichung pluralistischer Gesellschaften erfordert Integrationskonzepte auf kommunaler und lokaler Ebene, die die interkulturelle Öffnung aller Dienste und gesellschaftlichen Institutionen sicherstellen und den gleichberechtigten Zugang zu Angeboten der Sprachförderung, Bildung, beruflichen Ausbildung und zu Erwerbstätigkeit gewährleisten.

Die Umsetzung von konkreten Integrationsangeboten ist maßgeblich auf zivilgesellschaftliches Engagement angewiesen. Die hohe Integrationskraft des freiwilligen Engagements sollte gefördert werden, z.B. durch die Unterstützung von Netzwerken. Das soziale Umfeld von jungen Menschen – Familie, Kindergarten, Schule, Sportverein, Migrantenorganisationen, Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen etc. – spielt eine herausragende Rolle für gesellschaftliche Teilhabe und Chancen. Zentrale Herausforderung ist deshalb die Qualifizierung und Vernetzung aller auf Kinder und Jugendliche gerichteten Angebote vor Ort. Ressortübergreifende und sozialräumlich ansetzende Programme können gezielt die Lebenslagen von Kindern und Familien verbessern – insbesondere in städtischen Ballungsgebieten mit konzentrierter Armut.

Für die Bundesregierung ist klar, multidimensionalen Problemlagen in benachteiligten Stadtteilen erfordern neue Herangehensweisen und die gemeinsame Anstrengung aller Akteure vor Ort, um den Abwärtstrend zu stoppen und umzukehren. Sie setzt deshalb in ihren Programmen auf Aktivierung und Selbsthilfe, auf die Bündelung von Ressourcen, auf die Verknüpfung kleiner, lokaler Netze im Stadtteil und auf große stadtweite Netze der Jugend-

Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Die Schwerpunkte unseres Ministeriums „Allianz für die Familie“, und das Programm „Entwicklung und Chancen für junge Menschen in sozialen Brennpunkten“ - kurz E und C - setzen hier an: Es geht um Bündnisse, es geht um Zusammenarbeit, es geht darum, dass die Gelder, die zur Verfügung stehen, so eingesetzt werden, dass sie „Mehr“ als bisher bewirken. Dazu ist zunächst die enge und integrierte Zusammenarbeit aller Behörden wichtig. Dies hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert - nicht zuletzt angestoßen durch unsere Programme wie die „Soziale Stadt“ oder „E & C“. Genau so wichtig ist es, die Bevölkerung in den sozialen Brennpunkten einzubeziehen, sie zu beteiligen und zu aktivieren. Denn die Menschen wissen selbst am besten, welche Probleme in ihrem Stadtteil am dringlichsten sind. Ohne sie und ihr Engagement in eigener Sache können die wenigsten Probleme behoben werden.

Als Beispiel nenne ich unser Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ – LOS in den benachteiligten Stadtteilen. Das Programm wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus unserem Ministerium finanziert. Es setzt auf die eigene Mitwirkung, das Maßgeschneiderte. Es beseitigt individuelle Not und stärkt das Gemeinwesen. Die Menschen sind keine bloßen Zuwendungs- oder Maßnahmeempfänger, sondern ihre eigenen Akteure.

In der Kombination von Bildung, Arbeitsvermittlung, beruflicher Qualifizierung, Unternehmensförderung und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts, der Nachbarschaften, der Familien liegt das Besondere von LOS. Alle in diesen Stadtteilen: Politik, Ämter, Bewohnerinnen und Bewohner, Vereine und Verbände, große und kleine Unternehmen arbeiten gemeinsam. Die Kommunen und Landkreise sind verantwortliche Träger des Programms, die Förderentscheidung treffen die Beteiligten vor Ort gemeinsam. Da die meisten dieser Akteure jedoch eher unerfahren mit der Umsetzung von europäischen Förderprogrammen sind, müssen die Kommunen lokale Koordinierungsstellen einrichten, die bei der Antragstellung für Fördergelder aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) helfen und beraten. Darüber hinaus gibt es einen lokalen Aktionsplan, der dafür sorgt, dass die kleinen Projekte sich ergänzen und die Projekte im Verbund mehr erreichen als jedes einzelne Projekt allein es könnte. Die Lokalen Koordinierungsstellen werden dabei durch die vom Kinder- und Jugendministerium eingerichtete Regiestelle LOS unterstützt. Das Programm umfasst 75 Mio. Euro ESF Mittel, mit dieser Summe werden bis 2006 über 9.500 Mikroprojekte gefördert werden.

Die verantwortlichen Kommunen und Land-

kreise beweisen, dass auch mit „kleinem Geld“ Großes zu bewegen ist, wenn die Mittel richtig investiert werden. Die Investition in die Menschen, in ihre Stärken, in ihren sozialen Zusammenhalt in der Familie und Nachbarschaft setzt kreative Energie frei, schafft Bündnisse und Partnerschaften und entwickelt Raum für neue soziale und arbeitsmarktliche Lösungen.

Dies ist kurz umrissen der Hintergrund vor dem mit dieser Konferenz ein europaweiter Austausch über bewährte Praxis sozialer Integration von benachteiligten Kindern und Jugendlichen auf kommunaler und lokaler Ebene organisiert wird. Unser Anliegen ist es, den Blick auf innovative Strategien sozialer Eingliederung über nationale Grenzen hinweg zu schärfen. Unser Anspruch ist es, einen Beitrag zur Stärkung der sozialen Dimension in Europa zu leisten. Anliegen und Anspruch sind Grundlage für das, was wir den „Berlin-Prozess / Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ nennen.

Bei der Betrachtung der einzelnen über 330 Gebiete unserer deutschen Programme „Soziale Stadt“ und E und C zeigt sich, dass die sozialen, ökonomischen und städtebaulichen Rahmenbedingungen kein einheitliches Bild über „benachteiligte Stadtquartiere“ aufzeigen, sondern sowohl hinsichtlich der Größe der städtischen Quartiere als auch der Problemlagen sehr heterogen sind. Wenn wir uns in Europa umschauen, zeigt sich überall ein ähnliches Bild. Trotz der enormen Vielfalt oder vielleicht gerade aufgrund dieser Vielfalt kann ein Austausch über bewährte Konzepte und Strategien ein wichtiges Instrument gemeinsamen Lernens sein. Mir ist bewusst, Erfahrungen aus dem Programm E und C sind ein Baustein unter vielen. Strategien und Ansätze müssen sich immer an den jeweiligen Problemlagen und den Kontexten vor Ort orientieren, um Wirkung zu erzielen. Deshalb freue ich mich, dass wir hier die Gelegenheit haben, europaweit aus vielen Staaten weitere Bausteine zusammenzuführen.

Jetzt zu den inhaltlichen Schwerpunkten des heutigen und morgigen Tages: Um den Erfahrungsaustausch zu strukturieren, sehe ich vier Handlungsfelder, die zentral sind für die nachhaltige Verbesserung der Situation junger Menschen und ihrer Familien in benachteiligten Stadtteilen.

Bildungsangebote

Das erste Handlungsfeld umfasst Konzepte der Erziehung und Bildung. Denn der Zugang zu Bildungsangeboten und Möglichkeiten zu individuell geförderten Bildungsprozessen entscheidet wesentlich über die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen. Am gra-

vierendsten wirkt sich die soziale Herkunft, d. h. der Mangel an soziokulturellem Kapital des Elternhauses aus. Je früher für Kinder der Zugang zu Bildungsangeboten möglich ist, desto bessere Chancen haben sie. Dabei muss neben dem formalen Lernen auch der gesamte Bereich des non-formalen und informellen Lernens stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Es geht um Angebote der Frühkindförderung, der Bildung und Berufsausbildung und die Übergänge wie beispielsweise von der Schule in den Beruf. Besonderes Augenmerk soll dabei auf den Beitrag non-formaler Bildungsangebote gerichtet werden.

Migration

Die zweite zentrale Herausforderung und strategische Zukunftsaufgabe für Städte und Gemeinden ist die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund – insbesondere in benachteiligten Stadtteilen. Integration findet vor Ort in den Kommunen und in ihren jeweiligen Sozialräumen statt. Hier geht es um Konzepte zur Förderung des interkulturellen Zusammenlebens, wie z. B. ein interkulturelles Stadt(teil)management. Ansätze aus integrationsversierten Kommunen zeigen, dass städtische Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe angegangen werden muss. Bei allen politischen Maßnahmen und Programmen muss die interkulturelle Orientierung bedacht und müssen alle Betroffenen, die Menschen mit Migrationshintergrund aber auch die Menschen, die dort schon immer leben, beteiligt werden.

Neue kommunale Steuerungsstrategien und -instrumente

Das dritte Handlungsfeld beinhaltet die Entwicklung und Anwendung neuer kommunaler Steuerungsstrategien und -instrumente, die bisherige Muster der politisch-administrativen Problembewältigung ablösen. Hier geht es um effektive Formen von Governance, um neue lokale Steuerungselemente. Beispiele sind sozialräumliche Ansätze – ähnlich so genannten area-based approaches im englisch-sprachigen Raum –, neue Kooperationen, Bündnisse und Netzwerke auch mit privaten Akteuren z. B. der Zivilgesellschaft oder der Wirtschaft. Einen großen Raum sollen dabei Prozesse der Neugestaltung von sozialen Diensten in den Bereichen Jugend, Soziales und Gesundheit einnehmen, um insbesondere benachteiligte Kinder, Jugendliche und Familien besser erreichen zu können.

Partizipation

Beim vierten Handlungsfeld geht es schließlich um Strategien zur Förderung von Teilhabe,

Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement junger Menschen und ihrer Familien auf kommunaler und lokaler Ebene. Denn nur mit den Menschen, die dort leben kann eine nachhaltige Stadt(teil)entwicklung erzielt werden. Nur mit dem aktiven Beitrag der Betroffenen ist eine Stärkung der Zivilgesellschaft gewährleistet. Auch das Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ und die „Europäische Charta zur Partizipation junger Menschen auf lokaler und regionaler Ebene“ betonen, dass die Beteiligung und Integration von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler und lokaler Ebene beginnt. Es muss uns gelingen, die Fragen zu beantworten: Wie kann man Teilhabe und Engagement von benachteiligten jungen Menschen vor Ort fördern? Mit welchen Methoden und Ansätzen mache ich diese jungen Menschen fit, damit sie sich in der Lage fühlen, ihre Meinung zu artikulieren, sich zu engagieren, eben mit zu mischen? Ich bin sehr gespannt auf Ihre Erfahrungen und Diskussionsbeiträge zu diesen Handlungsfeldern. Ihr Wissen und Ihre Ideen sind für die Verbesserung der Situation, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, in diesen Stadtteilen unverzichtbar.

Abschließend möchte ich mich ganz herzlich bei den Mitveranstaltern für ihr Engagement und ihre Mitwirkung an dieser Konferenz bedanken. Die Idee zu dieser Veranstaltung entstand zusammen mit dem Europarat, konkret: mit dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas und der Direktion Jugend und Sport des Europarats. Mit der „Europäischen Charta zur Partizipation junger Menschen auf lokaler und regionaler Ebene“ hat der Europarat die aktive Beteiligung junger Menschen vor Ort als essentiell für eine demokratische Gesellschaft festgeschrieben und damit einen wichtigen Grundstein für Partizipationsprozesse junger Menschen gelegt. Dank der Mitwirkung des Europarats, der mittlerweile 46 Staaten als Mitglieder vereint, dürfen wir heute auch viele Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union begrüßen. Diese enorme Vielfalt an Erfahrungen, Perspektiven und Ideen stellt einen reichen Fundus dar, aus dem es heute und morgen zu schöpfen gilt.

Ganz besonders freue ich mich, dass auch die Europäische Kommission hier vertreten ist und sich in die Diskussion einbringen wird. Das im Jahr 2001 veröffentlichte Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ definiert Jugendpolitik als Querschnittspolitik und fordert die Berücksichtigung der Belange junger Menschen und insbesondere Benachteiligter in allen Initiativen und Politikbereichen. Die vom Rat der Europäischen Union im Mai 2004

verabschiedete „Entschließung über soziale Integration und Jugendliche“ formuliert als eine wesentliche Forderung, „den besonderen Bedürfnissen von Jugendlichen aus benachteiligten Sozialräumen Rechnung zu tragen“.

Eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik wird eine koproductive Politik sein, deren Ergebnisse gemessen werden an der Verbesserung der Lebensbedingungen, der Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs aller jungen Menschen zu Angeboten der Bildung, Beschäftigung, Freizeit, des öffentlichen Lebens, zu angemessenem Wohnraum und einem sicheren, friedvollen Leben ohne Angst vor Diskriminierung und Gewalt gegenüber jeglicher Form von „Anders sein“. Ich danke Ihnen, dass Sie uns bei diesem Vorhaben tatkräftig unterstützen und wünsche uns spannende und erkenntnisreiche Diskussionen.

Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend
Pressestelle
Alexanderplatz 6
10178 Berlin
Telefon 01888-555-1061
Telefax 01888-555-1111
E-Mail presse@bmfsfj.bund.de